



Antrag der CDU Fraktion Nortorf zur Digitalisierung der Ratsarbeit in der Stadt Nortorf

Die CDU beantragt, die Gremienarbeit der Stadt Nortorf auf die digitale Form umzustellen.

Zur Erreichung dieses Zieles soll:

- Für die insgesamt 46 Mitglieder der städtischen Gremien werden für die Mitglieder sowie stellvertretenden Mitglieder folgende Geräte beschafft:
12,9 Zoll iPadPro, Wi-Fi Ausstattung, 64 GB, der neuesten Generation einschließlich Apple Pencil der neuesten Generation und Smart Cover (Schutzhülle).
- Gremienmitglieder, welche aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bereits digital arbeitenden Gremium über ein iPad verfügen, erhalten kein weiteres Gerät.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschaffung analog zum Vorgehen des Amtsausschusses durchzuführen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im ersten Nachtrag bereitzustellen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Geräte entsprechende Lizenzen für ein Mobile Device Management zu erwerben.
- Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Nutzungs- und Sicherheitskonzept zu erarbeiten.
- Mit dem Zeitpunkt der Einführung werden sämtliche Dokumente (Einladungen, Vorlagen, Niederschriften etc.) für die Gremienarbeit der Stadt Nortorf digital erfasst. Diese Dokumente werden allen Mitgliedern der Gremien durch einen gesicherten Zugang über das Ratsinformationssystem ALLRIS zur Verfügung gestellt.
- Gremienmitglieder, die die digitale Gremienarbeit ablehnen, können auf Antrag weiter die Vorlagen in Papierform erhalten. Sie werden dann nicht mit einem Gerät ausgestattet.

Zur Begründung:

Der Amtsausschuss des Amtes Nortorfer Land hat am 23.05.2019 beschlossen, die Arbeit des Amtsausschusses von der Papierform auf die digitale Form umzustellen.

Die Vorteile sprechen für sich:

- Sitzungsunterlagen sind immer vollständig auf dem Tablet verfügbar.

- Sicherheit – Kennwortgeschütztes Gerät statt nichtöffentlicher Papierunterlagen, die eigentlich unter Verschluss vom Gremienmitglied aufbewahrt werden müssen.
- Spontane Recherche im Ratsinformationssystem oder im Internet ist möglich.
- Entlastung der Umwelt durch Papierreduzierung.
- Unabhängiger Austausch in den Fraktionen von Ort und Zeit über geschlossene Benutzergruppen; kurz: Ausgleich für eine verdichtete Arbeitswelt; Ehrenamtliche Tätigkeit weiterhin ermöglichen

Hinzu kommen zwar geringe, aber doch messbare Einsparungen bei der jährlichen Arbeit. So kalkuliert die Amtsverwaltung bei der Papierform jährliche Materialkosten von ca. 15.000 € und Personalkosten von 12.000 €. Für den gesamten Amtsbereich beträgt der jährliche Aufwand also 27.000 €. Es werden jährlich 130.000 Blatt Papier verbraucht.

Allein die Produktion des Papiers entspricht einem Ressourcenverbrauch von:

- 1,95 to Holz (3 Fichten mit einem Stammdurchmesser von 40 cm)
- 26,83 Cbm Wasser
- 6,9 MWh Strom

Hingegen betragen die Kosten für die digitale Form nur ca. 12.000 € da die Materialkosten entfallen. Einzig die Beschaffung der Geräte führt zu einem negativen Startsaldo in der Wirtschaftlichkeit.

Die Abwägung über die Anschaffung eines Android- oder eines Apple-Gerätes wurde bereits im Hauptausschuss des Amtes Nortorfer Land getroffen. In dem Beschluss des Amtsausschusses vom 23.05.2019 wurde außerdem festgelegt, dass eine Administration der Geräte durch das Amt nur bei Gerätefamiliengleichheit geschehen kann.

Daher gibt es aus unserer Sicht keine Alternative und es sind dieselben Geräte zu beschaffen.

Beschlussvorschlag für den Haupt- und Finanzausschuss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die digitale Gremienarbeit einzuführen. Die Beschaffung von bis zu 46 Geräten, die Administration und die Verteilung der Geräte soll über die Amtsverwaltung entsprechend der Regelungen im Amtsausschuss vorgenommen werden. Die benötigten Mittel sollen im Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.

Beschlussvorschlag für die Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die digitale Gremienarbeit einzuführen. Die Beschaffung von bis zu 46 Geräten, die Administration und die Verteilung der Geräte soll über die Amtsverwaltung entsprechend der Regelungen im Amtsausschuss vorgenommen werden. Die benötigten Mittel sollen im Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.

